

Ist ein neues Agrarentwicklungsmodell für den Süden möglich ?

Claude Auroi



Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/881>

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 mai 2002

Number of pages: 91-106

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Claude Auroi, « Ist ein neues Agrarentwicklungsmodell für den Süden möglich ? », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 21 | 2002, Online erschienen am: 01 Mai 2002, abgerufen am 03 Mai 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/881>

IST EIN NEUES AGRARENTWICKLUNGSMODELL FÜR DEN SÜDEN MÖGLICH?

CLAUDE AUROI*

DIE GLOBALEN UMWÄLZUNGEN haben die ländlichen Volkswirtschaften und Gesellschaften in den letzten rund zwanzig Jahren tief greifend verändert. Die neuen Agrarentwicklungspolitiken, die im Rahmen der Struktur Anpassungsprogramme und der Öffnung für den internationalen Handel verwirklicht wurden, führten für die Landwirte des Südens keine befriedigenden Lösungen herbei. Heute sollten neue Entwicklungsgrundsätze formuliert, der Agrarsektor aufs engste in die Volkswirtschaften eingegliedert, die Exporte und die externe Hilfe als Ergänzung, nicht als Grundlage, betrachtet werden. Das Konzept «unsere eigenen lokalen Ressourcen nutzen» kann dazu beitragen, die Überlegungen der Entscheidungsträger voranzutreiben.

Zunächst sollen die Veränderungen beim Übergang vom alten zum neuen System beschrieben werden.

DAS ALTE SYSTEM

Seit den 80er Jahren hat sich die nationale und internationale Landwirtschaftspolitik im Rahmen des globalen Paradigmenwechsels – Konkurrenz anstatt Schutz – stark verändert.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und seit der Schaffung der internationalen Entwicklungsinstitutionen galt die Auffassung, dass der Landwirtschaftssektor im Rahmen der nationalen Strategien der Entwicklungsländer aufgebaut werden müsse. Die Landwirtschaftsentwicklung war Sache des Staates: Der Staat hatte die Instrumente zur Organisation des Bauernstandes (Genossenschaften), zur Unterstützung der Produzenten (technische Dienstleistungen), zur Lieferung von Inputfaktoren (staatliche Betriebe) sowie auch die Forschungs- und Beratungsdienste (Agrarforschungs- und -beratungsinstitute) einzusetzen.

Die Vermarktung der Produkte war – vor allem für den exportfähigen gewerblichen Anbau – ebenfalls Aufgabe der staatlichen bzw. parastaatlichen Dienststellen. In Afrika kümmerten sich so genannte «marketing boards» oder «offices de commercialisation et caisses de stabilisation» (Vermarktungs- und Stabilisierungsstellen) um die Produktionsfinanzierung und die Preisregulierung. Theoretisch erlaubten diese eine Abschirmung gegen Schwankungen der internationalen Preise und der Wechselkurse.

In den Einschiffungshäfen für Kakao, Zucker und Kaffee übernahmen anschliessend spezialisierte internationale Gesellschaften die Vermarktung der Produkte im Ausland. Die Staaten des Südens waren in diesen Gesellschaften

* Professor am IUED, Genf.

nicht oder nur am Rande beteiligt. Das gesamte System stellte gewissermassen die Fortsetzung der kolonialen Plantagenlandwirtschaft dar: Zum einen blieb die Macht der grossen Gesellschaften, die mit Getreide, tropischen Erzeugnissen und Rohstoffen (Baumwolle) handelten, intakt, zum anderen wurde die entstehende lokale Mittelschicht, die ihren Anteil an hypothetischen Exportgewinnen einforderte, mehr oder minder zufrieden gestellt. Kleine Produzenten galten nur dann als Partner, wenn sie in der Lage waren, für den internationalen Markt herzustellen bzw. wenn sie die Basis einiger grosser Subsistenzkulturen bildeten (Reis in Asien, Mais in Zentral- und Südamerika, Mais und Maniok in Afrika, Kartoffeln in den Anden, Viehzucht in einigen geeigneten Gebieten).

Unterstützung wurde indessen vorrangig den grossen und mittleren Produzenten in Form von zinsverbilligten Darlehen, Zollfazilitäten für Input- und Maschinenimporte sowie Beihilfen für die Erzeugung lokaler Inputfaktoren (Stickstoff- und Phosphatdünger) gewährt. Trotz der zahlreichen internationalen Hilfsprogramme und trotz des grossen Engagements der NGO blieb der Kleinbauer in diesem Prozess häufig aussen vor. Sofern es Fortschritte gibt – was schwer zu beurteilen ist – sind sie auf die Eigenanstrengungen der Kleinbauern, die Überlebensstrategien und die Kunst, sich durchzuschlagen, zurückzuführen (Haubert, 1997). Während langer Zeit waren die Kleinbauern in ländlichen Gemeinschaften intellektuell (Analphabetismus), technisch, organisatorisch und finanziell häufig weder fähig noch willens, in der modernen kommerziellen Agrarproduktion mitzumachen.

Die Marktintegration der Kleinlandwirte existierte in den 60er und 70er Jahren entweder gar nicht oder betraf unter 25 % ihrer Produktion. Nach der schrittweisen Zunahme liegt jedoch heute die Produktion für den Markt fast durchweg bei 30 – 80 % (Auroi und Maurer, 1998). Ursachen des Wandels sind vor allem die Fähigkeit des Bauernstandes, sich zu mobilisieren, weniger die gewährte Hilfe. Mit dem Wachstum der Städte, der Motorisierung, einer gewissen Ausdehnung und Verbesserung des Strassennetzes und mit der Zunahme des allgemeinen Schulbesuchs entwickelte sich ein neuer Typus Bauer, dem daran lag, allmählich auf dem Markt Fuss zu fassen – um dort auf ungeahnte Hindernisse zu stossen.

DIE KRISE DER 80ER JAHRE

Gegen Mitte der 80er Jahre, als die Landwirte etlicher lateinamerikanischer und bestimmter afrikanischer Länder auf dem besten Wege schienen, sich zu einem wichtigen Nahrungsmittellieferanten für den Binnenmarkt zu entwickeln und an die Stelle der Importe zu treten, zeichnete sich bereits der Wandel des traditionellen Modells ab, der wiederum auf die Auswirkungen der internationalen Krise zurückzuführen war. Das Schuldenmoratorium Mexikos im Jahr 1982, das Moratorium Perus von 1985 und die Probleme der afrikanischen Länder beim Schuldendienst führten zu einer Neuausrichtung der offiziellen Agrarpolitiken. So wurden die Strukturanpassungsprogramme (SAP) eingeführt.

SAP beutete damals in der neoliberalen «Laissez-faire»-Perspektive «weniger Staatshilfe für die Landwirtschaft», um wieder auf die komparativen Vorteile zu setzen. Auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähige Produkte wurden

bevorzugt, die übrigen vernachlässigt. Der ganze Bauernstand musste sich umstellen. Der mexikanische Unterstaatssekretär für Agrarplanung kommentierte 1991, die erklärte Politik seiner Regierung liefe darauf hinaus, die ländliche Bevölkerung Mexikos in den nächsten fünf Jahren zu halbieren (zitiert von Barkin, 2000).

Der aufsteigende Bauernstand wurde durch den Rückzug des Staates hart getroffen und entmutigt. Genossenschaften und Dorfgruppen in Afrika wurden verlassen oder aufgelöst. An ihre Stelle traten die wirtschaftlichen Interessengruppen (*Groupes d'intérêts économiques, GIE*), denen sich hauptsächlich «rentable» Produzenten und neue Landbewohner, bestehend aus ehemaligen Beamten¹ und Händlern², anschlossen.

Unterstützungen in Form von Beihilfen an Inputfaktoren und Maschinen sowie Präferenzzölle wurden aufgehoben, Werke, die Düngemittel und landwirtschaftliches Material herstellten, geschlossen. In vielen Fällen erhielten nur noch die reichen Bauern und Beamten Zugang zu den Dienstleistungen, in anderen Fällen verkümmerten die Agrartechnologien. Ein Schulbeispiel war der Fall Kuba, dem Russland die Unterstützung entzog: Erdöl wurde knapp, Traktoren und Beetpflüge blieben auf den Feldern liegen, es wurde wieder mit dem Handpflug gepflügt und Zuckerrohr mit der Machete geschnitten.

Die technischen Dienste und die Forschungs- und Beratungsdienste des Staates wurden entweder auf ein Minimum zurückgestutzt oder gänzlich gestrichen. Der Agrarkredit, der ohnehin den mittelgrossen und wohlhabenden Bauern vorbehalten war, wurde in etlichen Ländern abgeschafft und in den Privatsektor verlagert.

Der Grundgedanke war, alle Dienstleistungen wann immer möglich zu privatisieren, davon ausgehend, dass der Privatsektor in jedem Fall effizienter sei als der Staat. Hinter der offiziellen Sicht der Dinge stehen zwei Entwicklungen: zum einen die Verschuldung der Staaten und der Druck der geldgebenden internationalen Finanzinstitutionen, zum anderen der Druck durch die im Agrarbereich tätigen Grosskonzerne (Massey-Fergusson, Fiat, Bayer, Ciba-Geigy), die den gesamten Inputsektor zu vereinnahmen suchten.

Auch in der Produktevermarktung schwand der Einfluss des Staates. Im Bereich der Exporte von tropischen Erzeugnissen wurden die «marketing boards» in Afrika aufgelöst und die Vermarktungsgesellschaften in Lateinamerika abgeschafft. Asien konnte nur widerstehen, weil der Staat sich gegen das Verschwinden zur Wehr setzte und weil vor allem noch Finanzmittel vorhanden waren (zumindest bis zur Finanzkrise in Thailand 1997, die später auch auf Indonesien, Malaysia und Korea übergriff). Die grossen Exportkonzerne gingen angesichts der Überproduktion von Kaffee, Kakao und anderen Produkten, die sie selbst mindestens zwanzig Jahre lang gefördert hatten, im Grunde kein Risiko ein. Wegen der Stagnation an den Auslandsmärkten schrumpften die Einnahmen der Staaten weiter, während den Exportländern in den Diskussionen der Uruguay-Runde (1994) ein besserer Marktzugang vorgegaukelt – und nie gewährt wurde, weil die Länder des Nordens ihre Märkte nur zögernd und überdies in

1. Im französischsprachigen Afrika ist «déflaté» eine geläufige Bezeichnung für entlassene Beamte.
2. Der Rückgang der Staatsstellen wurde in Afrika durch die Beschäftigungszunahme im informellen und ländlichen Sektor nicht gänzlich wettgemacht. Vgl. BIT, 1999.

der Regel für die am wenigsten entwickelten Ländern öffneten, die neben den bereits existierenden Exporten kaum etwas zu bieten hatten. Ein anschauliches Beispiel ist Burkina Faso: Neben Baumwolle und Vieh (für afrikanische Küstenstaaten) sind grössere Ausfuhren von grünen Bohnen oder Mangos z.B. sehr unrealistisch (Aly Bâ, 2001).

Während die Exporterlöse stagnierten, wurden immer mehr Produkte aus dem Norden auf die Märkte des Südens importiert. Der Trend war nicht neu: Seit den 50er Jahren wurden in den Vereinigten Staaten im Rahmen der Förderung der Produzenten des Middle West und zum Kampf gegen den internationalen Kommunismus (Public Law 480³) Getreideausfuhren subventioniert. Vor allem seit der Verwirklichung des Binnenmarktes und später der Union setzte auch Europa angesichts der wachsenden Überschüsse auf Exportbeihilfen. Die Überproduktion hängt jedoch direkt mit den erheblichen Fördermassnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammen, die den Unmut der Bauern beschwichtigen und der amerikanischen Konkurrenz auf den strategischen Aussenmärkten mit der «Waffe Nahrungsmittel» gegenüberzutreten sollten (Bessis, 1985). Getreide- und Fleischexporte in den Süden drosseln häufig die Produktion vor Ort, verändern lokale Ernährungsmuster, verschärfen die Nahrungsmittelabhängigkeit vom Ausland, belasten die Handelsbilanz und tragen mit zur unsicheren Versorgungslage bei. Alle diese Punkte sind am Beispiel Mexikos klar zu beobachten. Die Streichung der Beihilfen für «granos basicos» (Bohnen und Mais) in den 70er Jahren führte dazu, dass mehr Mais, aber auch mehr Weizen aus den Vereinigten Staaten importiert wurde: In der mexikanischen Küche sank der Verbrauch von frejoles (Bohnen), und die mexikanischen Bauern wurden immer ärmer (Feder, 1978; Barkin und Suárez, 1982). Im Senegal begann die Substitution von Hirse durch Reis zwar schon in der Kolonialzeit, aber später musste sogar der lokale Casamance-Reis mit asiatischen Reissorten konkurrieren. Wegen der spottbilligen Importe bringen die Grossinvestitionen in Wasserbauwerke in den Reiskulturen des «Vallée du Sénégal» kaum Gewinn.

PROBLEM BODEN

In der Doktrin der Liberalisierung wird Boden als Ware, wenn auch besonderer Art, betrachtet. Gleichzeitig ist Boden ein Aktivposten («asset») und muss als solcher ohne Einschränkungen gekauft, verkauft, verpachtet und verpfändet werden können. Die neoliberale Strategie führte zu einer maximalen Privatisierung des Bodens und zur Abschaffung von kollektivem Grundbesitz, vor allem für aufgrund des Gewohnheitsrecht unveräusserliches Eigentum. 1991 wurde in Mexiko das Gesetz zur Auflösung der «ejidos» erlassen; in Peru wurde 1993 das Verbot, Boden der Indios-Gemeinschaften zu verkaufen, rückgängig gemacht. Auch in Afrika war der Trend zur Privatisierung, die Abschaffung des

3. Das PL480 wird offiziell wie folgt definiert (Website von USAID <www.usaid.gov/pubs/cp2000/pl480ffp.html>) : Die US-Unterstützung für ausländische Nahrungsmittel wurde im Gesetz von 1954 über die Unterstützung und Entwicklung des Agrarhandels (sog. P.L. 480 Food for Peace) formell niedergelegt. Die Basisgesetze, die mehrmals abgeändert wurden, begründen die US-Politik der Verwendung der reichlichen Agrarressourcen und Lebensmittelverarbeitungskapazitäten zur Steigerung der Nahrungsmittelsicherheit in den Entwicklungsländern durch das Angebot an kulturell akzeptieren Grundnahrungsmitteln.

Status der «*maîtres des terres*» in den Dörfern der Sahelzone und die Abtretung von Boden an die neuen Landbewohner zu beobachten.

Die Tendenz zur Privatisierung ist durchaus real und hat sich auch in Gesetzen niedergeschlagen. Glücklicherweise sind aber nicht alle befürchteten negativen Folgen eingetreten.

Die verfügbaren Studien für Mexiko, Peru, Ecuador und Bolivien zeigen, dass die Privatisierungsgesetze keine massiven bzw. bisweilen gar keine Verkäufe bewirkten (Mayer, 2002⁴). Die Gemeinschaften lösten sich auch nicht auf. Ebenso wenig war eine Verschärfung der Landflucht festzustellen. Unter dem Einfluss der erstarkenden Bewegung der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika, der strafferen Organisation (dank moderner Kommunikationsmittel) und dank dem Aufstieg besser ausgebildeter Führungspersonlichkeiten unter den Bauern und in der indigenen Bevölkerung wurde das «Kollektive» (vor allem in überwiegend von Indios bewohnten Gebieten) sogar aufgewertet.

Diese Entwicklung wird in der internationalen Bewegung in den Bereichen Schutz der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen, Schaffung von National- und Regionalparks und Ökotourismus aufgegriffen. Dabei zeigt sich, dass Boden und Ressourcen oft am besten durch kommunales Eigentum, durch Unteilbarkeit des Besitzes und durch die Einschränkung der privaten Aneignung von Ressourcen geschützt werden.

Schliesslich haben sich auch die etwaigen Befürchtungen, Grosskonzerne und Grossgrundbesitzer würden das neu käufliche Land an sich reißen, nicht bewahrheitet – wahrscheinlich deshalb nicht, weil Gemeinschaftsland oft schlechtes Land (Hang- und Höhenlage) und folglich wenig attraktiv ist. Ausserdem existieren andere Möglichkeiten als Eigentum, um den Boden für sich arbeiten zu lassen: Lieferverträge, Untervertragsvergabe usw. Seit mehreren Jahrzehnten sind die grossen Bananengesellschaften in Zentralamerika nicht mehr direkte Eigentümer der Plantagen. Attraktiv in der Kontrolle des Bananehandels sind vor allem die Profite, weniger die eigentliche Produktion, in der im übrigen Arbeitskonflikte an der Tagesordnung sind. Daher überlassen die multinationalen Konzerne die Organisation der Produktion den Eigentümern vor Ort und dem Staat und beschäftigen sich nur mit den technischen und Qualitätsnormen oder in einigen Fällen mit der Lieferung von ausgewähltem Saatgut oder Stecklingen.

DEREGULIERUNG ALS FOLGE DER ABKOMMEN VON MARRAKESCH

Es hätte Grund zu Annahme gegeben, dass die Abkommen von 1994 über die Schaffung der WTO die Situation der Bauernschaft im Süden verschlechtern würden, denn selbst im Süden musste der Schutz (wenn auch in geringerem

4. Mayer zitiert weitere Autoren für die Aussage, in Mexiko sei keine erhebliche Bewegung beim Verkauf von *ejidales*-Ländereien beobachtet worden; in Peru waren die Bauern zwar an einem Eigentumsschutztitel interessiert, wollten aber nicht auf die gemeinsamen Bewirtschaftungssysteme verzichten. Mayer schreibt dazu, dass die Fujimori-Regierung trotz der neoliberalen Richtung die Aussenhilfe stillschweigend zur Legalisierung von Grundbesitzrechten für *Comunidades* – als a priori vor der Erteilung individueller Besitzansprüche – nutze (Mayer, 2002: Kap. 10).

Masse und innerhalb längerer Fristen) wegfallen. Die am wenigsten entwickelten Länder wurden von Zollabbaumassnahmen gänzlich befreit⁵.

Tatsächlich kamen die Abkommen von Marrakesch zu einem Zeitpunkt zu Stande, als die SAP in den meisten Ländern Afrikas, Südamerikas und bald auch Asiens (der WTO-Beitritt Chinas droht den chinesischen Bauern einen harten Schlag zu versetzen) bereits ihre volle Wirkung entfaltet hatten. Mit den Abkommen von Marrakesch wurden im Gegenteil sogar zahlreiche Regeln (Green Box, Schutzklauseln, Beihilfe für Inputfaktoren, Investitionen usw.⁶) beibehalten (oder eingeführt), welche den Ländern des Südens erlauben, den Bauernstand weiterhin zu unterstützen. Selbst das TRIPS-Abkommen gestattet in den Bereichen Ernährung, Volksgesundheit, sozioökonomische und technologische Entwicklung, Patente auf Pflanzen und Tieren oder im Fall des nationalen Notstands Ausnahmeregelungen vom Patentrecht⁷.

Der Kern des Problems besteht darin, bestimmte Schlüsselemente wie die Subventionierung von Inputfaktoren für Kleinbauern und den wirksamen Schutz der grossen Wassereinzugsgebiete anzuwenden bzw. auf nationaler Ebene umzusetzen und Anreizmassnahmen zu ergreifen. Inaktivität bedeutet nicht zwangsläufig Desinteresse der Regierungen, sondern erklärt sich aus ihrem Glauben an eine Doktrin, deren schädliche Konsequenzen für die Bauern und die Länder generell erst allmählich zu Tage getreten sind. Die Bauernorganisationen und ihre Verantwortlichen wurden bestochen, gekauft, schikaniert, eingeschüchtert, ja sogar umgebracht, so dass ihr Protest allmählich verstummte, ausser in Extremfällen wie bei den landlosen Bauern Brasiliens oder bei den Chiapas. Ausserdem ist davon auszugehen, dass viele sich aus schierer Verzweiflung Guerillas (Kolumbien) oder gewaltsamen politischen und ethnischen Bewegungen (Zentralafrika) anschlossen.

SCHUTZ DER ARTENVIELFALT: TRIPS UND SCHUTZGEBIETE

In der Landwirtschaft brach mit dem Naturschutz gewissermassen eine neue Ära an. Der Naturschutz wurde bisweilen als Störfaktor (Auflage der umweltgerechten Produktion), bisweilen als Ausgleichselement (im Falle der Leistungen für die Erhaltung der Artenvielfalt, der Wälder, Feuchtgebiete, Fauna und Flora allgemein) empfunden. Das gilt vor allem für den Norden, wo die ökologischen Elemente in die Agrarpolitiken aufgenommen und finanziell vergütet wurden. Im Süden war der ökologische Diskurs relativ konfus: Vorwürfe wegen Abholzung und Brandrodung, aber keine Entschädigungen oder Entwicklungsbemühungen; Anreiz zur Aufwertung der biotischen Ressourcen und zum Handel und Verkauf an Grossunternehmen, aber letztlich keine nennenswerten Wirkungen (Bodyshop, Shaman Ind., Inbio). Dagegen standen diese Länder unter starkem Druck, die Patente auf Lebewesen im Besitz der Laboratorien des

5. Übereinkommen über die Landwirtschaft, Artikel 15 Abs. 2.: «Entwicklungsland-Mitglieder haben die Möglichkeit, Senkungsverpflichtungen über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren zu erfüllen. Von den am wenigsten entwickelten Ländern werden keine Senkungsverpflichtungen verlangt.»

6. Übereinkommen über die Landwirtschaft, Artikel 6 und Anhang 2.

7. Artikel 8 und 31. Vgl. umfassendes Buch von Correa (2000) zum Thema TRIPS und Entwicklungsländer.

Nordens anzuerkennen und nicht zu kopieren. Doch auch hier waren die Konsequenzen in der Landwirtschaft gering – anders als im pharmazeutischen Sektor, wo die Patente die Herstellung billiger und unentbehrlicher Medikamente (Retrovirus) behinderten.

Im Agrarbereich wurden zwar neue resistente Sorten gefunden, aber die Anwendung beschränkt sich weitgehend auf die gemäßigten Klimazonen, in denen nur wenige südliche Länder (z.B. Argentinien) liegen⁸. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass demnächst Durchbrüche betreffend Bananen, Maniok und weitere Pflanzen erzielt werden und dass sich die Problemstellung in den Agrarbeziehungen zwischen Ländern des Südens und multinationalen Konzernen grundlegend ändern wird.

Verschiedene internationale Forschungsstellen treiben manchmal ein Doppelspiel: Unter dem Vorwand der freien Bereitstellung ihrer Forschungsergebnisse liefern sie Genotypen von im Süden vorkommenden Sorten an die Labors des Nordens⁹. Die Ergebnisse der im Norden betriebenen Forschung werden jedoch den Herkunftsländern wenn überhaupt nur noch unter Patentschutz verfügbar gemacht. Solche Praktiken – legale Produktpiraterie – kommen häufiger vor als angenommen, obwohl sich die Forscher aus Angst vor Entlassung zu solchen Themen lieber in Schweigen hüllen. Die Länder des Südens sollten besser selbst biologische Forschung betreiben. Sie sollten regionale Konsortien schaffen, die jenen des Nordens Paroli bieten können, und unterschiedliche Forschungspolitiken verfolgen, welche von einer ganzheitlichen Perspektive eines tragfähigen Bauernstandes ausgehen und den Ansatz der «Farming Systems» sowie die wenig intensive Verwendung externer Inputfaktoren wieder in den Mittelpunkt stellen.

AUSWIRKUNGEN DER NEUEN AGRARENTWICKLUNGSPOLITIK

Die verlässlichen amtlichen Statistiken und die korrekt durchgeführten Feldstudien, über die wir verfügen, lassen zwei anscheinend widersprüchliche, seit rund zwanzig Jahren zu beobachtende Auswirkungen ersehen:

- allgemeine durchschnittliche Verbesserung der Ernährung im Süden,
- begrenzte Zonen mit rückläufiger Produktion, Ernährung und Agrareinkommen in zahlreichen ländlichen Gebieten vor allem in Afrika und in Zentralamerika.

8. Im Jahr 2001 entfielen im Süden 26% der gesamten Anbauflächen auf transgene Kulturen. Argentinien steuert 22% des weltweiten Gesamtvolumens bei (Soja, Mais und Baumwolle), China 3% (James, 2001: 6-8).
9. Yacon ist ein Beispiel für Praktiken an der Grenze zur Biopiraterie. 2000 hatte das internationale Zentrum für Kartoffeln (CIP) mit Sitz in Lima Yacon-Pflanzen – ein kleines, stark süßstoffhaltiges Knollengewächs – nach Japan geliefert. Theoretisch fehlte dem Zentrum dazu das Recht, weil es das Genmaterial noch gar nicht untersucht und bearbeitet hatte. Die Pflanzen werden zwar zuerst an eine peruanische Organisation geliefert, die sie reexportierte, aber faktisch wurden die Yacon vom CIP auf direktem Weg zum Flughafen befördert. In den vorhergehenden Jahren war bereits Yacon nach Japan geliefert worden, das daraus ein «neues Produkt» fabrizierte. Als das Herkunftsland Peru forderte, die verbesserten Pflanzen kostenlos zu erhalten, wandte Japan ein, sie stünden künftig unter Patentschutz. Die CIP-Mitarbeiter, welche die Angelegenheit öffentlich verurteilten, wurden entlassen.

□ Verbesserung der Ernährung im Süden

In absoluten Zahlen geht die Unterernährung seit 1990 deutlich und regelmässig zurück. Im Jahr 1991 litten 816 Millionen Menschen Hunger, während diese Zahl im Jahr 1998 bei 717 Millionen lag. Dies entsprach einem Rückgang von 6 Millionen pro Jahr trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums¹⁰. Dagegen nimmt die Anzahl der Hungernden im Afrika südlich der Sahara zu: 1991 waren dort 168 Millionen Menschen unterernährt, 1998 194 Millionen Menschen. Gleiches gilt für Südasien (Zunahme von 289 auf 303 Millionen) und für den Mittleren Osten - Nordafrika (25 auf 33 Millionen). Südost- und Ostasien verzeichnen die deutlichste Verbesserung (von 276 Millionen auf 194 Millionen). (De Haen et al., 2001)¹¹.

Auch die Ernährungsweise verbessert sich, zumindest in puncto Kalorienzufuhr: Seit den 90er Jahren liegt der durchschnittliche Kalorienverbrauch pro Person und pro Tag überall auf der Welt (ausser in Gebieten mit Hungersnöten oder Krieg) über 2000. Mit Ausnahme Afrikas verzeichnen alle Kontinente das durchaus befriedigende Niveau von über 2400 Kalorien. Wie erwähnt handelt es sich dabei jedoch nur um Mittelwerte. Extremwerte lassen sich schwieriger einschätzen. Die wohlhabenden Bevölkerungsschichten im Süden dürften in ungefähr den gleichen Kalorienverbrauch verzeichnen wie im Norden (über 3000 Kalorien), während die benachteiligten Schichten den durchschnittlichen Energiekonsum in Afrika erreichen. Diese inakzeptable Situation wurde durch Kriege, SAP und sonstige Wechselfälle noch verschärft.

Ausserdem sagt das Energieniveau nicht alles aus. Wichtig ist auch eine ausgewogene Ernährung, d.h. mehr nahrhafte und weniger eiweissarme Produkte. In den meisten ländlichen Gebieten Afrikas und Südamerikas machen Knollen, Wurzeln und stärkehaltige Nahrungsmittel häufig das Gros des Menüs aus. Der Verbrauch von Fleischwaren oder anderen tierischen Produkten ist relativ gering, was häufig zu einem Defizit an Mikronährstoffen führt (De Haen et al., 2001: 463). Daher ist eine Diversifizierung – die sogenannte Transition – in der Ernährung notwendig.

Das Verhältnis Ernährung – Landwirtschaft wird nicht nur durch das interne Produktionsniveau, sondern auch durch die Importe bestimmt. Die reichen Bevölkerungsschichten in den Städten verbrauchen mehr importierte Produkte, Lebensmittel mit mehr «wertvollen» Proteinen und mehr industriell verarbeitete Nahrungsmittel als die ärmeren Schichten. Dieser Trend ist situationsunabhängig bei steigender Kaufkraft regelmässig festzustellen.

Für die breiten Massen der Landbewohner und für die ärmere Stadtbevölkerung hat die Transition in der Ernährung noch nicht stattgefunden. Wo Armut herrscht, muss vorrangig die Menge der Nahrungsmittel erhöht und die Diät bestimmter Risikogruppen (Säuglinge, stillende Mütter) verbessert werden. Am stärksten ausgeprägt ist die Unterernährung in den typischen Agrarländern

10. Vgl. den Bericht der FAO «*The State of Food Insecurity in the World*» für den Welternährungsgipfel + 1 (2001).

11. Der Bericht der FAO «*The State of Food Insecurity in the World*» unterstreicht die Fortschritte in der Ernährung seit 1969-71. Der Prozentsatz der Bevölkerung mit einem Kalorienverbrauch von unter 2100 sank von 48,7% im Jahr 1970 auf nur 6,2% im Jahr 1999. In den Ländern des Südens nahm die Energiezufuhr von durchschnittlich 2100 auf 2800 Kcal. pro Tag zu.

(mit 20% oder mehr des BSP im Agrarsektor), in denen die Landwirtschaft über 40% der Exporte ausmacht und der Anteil der ländlichen Bevölkerung bei 75% liegt (De Haen et al., 2001 : 467, Tabelle 5). In diesen Ländern sind rund 35% der Menschen unterernährt. In diesen und allen anderen Staaten mit einem ländlichen Bevölkerungsanteil von über 50% bewirkt die zusätzliche Entwicklung des exportfähigen gewerblichen Anbaus keine spürbare Besserung der lokalen Ernährungslage, da die Importmärkte weit entfernt sind, die importierten Lebensmittel zu kostspielig und häufig unangepasst sind und die Preise der exportierten Agrarprodukte real gesehen ständig sinken. Dagegen können die Einnahmen und das Ernährungsniveau angehoben werden, wenn der Schwerpunkt auf die Verbesserung des Lebensmittelanbaus für nahe gelegene Märkte und für die umliegenden Städte des Landes gesetzt wird.

Das Wachstum des Agrarsektors spielt demnach für die Armutsverringerung und die Garantie der Nahrungsmittelsicherheit eine Schlüsselrolle, da die ärmeren Menschen für ihren Lebensunterhalt auf diesen Sektor angewiesen sind (De Haen et al., 2001 : 467).

□ *Verarmung der Bauern*

Die Verarmung der Bauern ist häufig erst auf den zweiten Blick erkennbar, weil die Bauern unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage dank der breiten Ersatzproduktepalette und dank mehreren Nebentätigkeiten sich ernähren und über Wasser halten. Ausserdem fehlen wie erwähnt seit zwanzig Jahren fundierte Feldstudien.

Doch der Schein trügt: Anpassungsstrategien ergeben sich ja gerade aus der Verschlechterung der Produktions- und Verkaufsbedingungen. Die eklatantesten Beispiele betreffen den Ausstieg des Staates aus der Förderung des gewerblichen Anbaus und des Bauernstands allgemein. In der Folge soll das praktische Beispiel der Kakaoplantagen in Kamerun geschildert werden.

Eine Studie, die Martin Ndonga (2001) während achtzehn Monaten in der Region Mefou-Afamba durchführte, befasste sich mit der Substitution der Kakaoproduktion durch Mehlbananen und Maniok als Folge des kamerunischen SAP von 1990. Die Untersuchung zeigt, dass die nahrungsliefernde Produktion für den Verbrauch der Bauern und für die Kommerzialisierung in Yaounde tatsächlich zugenommen hat. Die Einnahmen erreichen indessen nur die Hälfte der früheren Einnahmen aus dem Kaffeeverkauf. Der Ausfall wird durch das Sammeln und Brennholzschlagen sowie mit der Fabrikation von Wein und anschliessend der Destillation von Palmbranntwein («odontol») wettgemacht. Die Konsequenzen der beiden Ergänzungsproduktionen sind verheerend: schwerwiegende Beeinträchtigung der Artenvielfalt und gravierende Verschlechterung der öffentlichen Gesundheit, vor allem unter Jugendlichen. Die erzwungene Umstellung hat also in diesem Beispiel nicht zum Erfolg geführt: Die Rückkehr zu nahrungsliefernder Produktion ist zwar scheinbar zu begrüssen, aber das ökonomische und das Kalorienpotenzial dieser Produktion sind so gering, dass sie eine Verschlechterung gegenüber dem Getreide bedeutet. Ausserdem ist im vorliegenden Fall festzustellen, dass die Regression im Ernährungsbereich auch das städtische Milieu betrifft, wo die Eliten keinen Zugang zu Importgetreide mehr haben.

Noch beispielhafter und dramatischer ist der Fall der Ernährungsökonomie in Albanien: Er betrifft ein Land, das sich vor der Revolution von 1991 weitgehend selbst versorgte und sogar Obst und Gemüse ins nahe Ausland exportierte. Aus überwiegend ideologischen Gründen beschloss die liberale Regierung von Sali Berisha, die existierenden Produktionsstrukturen und -infrastrukturen entweder ihrem traurigen Schicksal zu überlassen oder sie zu privatisieren. Es war erdrückend, anzusehen, wie die letzten Forellen einer verlassenen Fischkultur versuchten, aus den Becken hinaus zu springen. Ein noch traurigeres Bild boten die verwüsteten und geplünderten Installationen der Nahrungsmittelindustrie: Riesige Gewächshäuser in Tirana wurden zerstört, Genossenschaften obdachlos gemacht, Maschinen in Gräben gefahren, eine Grossmolkerei in der Nähe von Korça geschlossen, Bewässerungskanäle in der Zentralebene wurden auseinander gerissen, zugrunde gerichtet und stillgelegt. Nach Ermahnungen der Weltbank wurden in einer Pseudo-Agrarreform die staatlichen Genossenschaften und Betriebe in Parzellen von 1,5 Hektar – ein ökonomischer Unsinn – aufgeteilt (Auroi, 1994; Auroi et al., 1994). Glücklicherweise haben die anderen ex-kommunistischen Länder nicht den gleichen Fehler begangen. Allerdings war der neue Staat anderswo weniger schwach als in Albanien und weniger empfänglich für die so genannten sozialen Diskurse der internationalen Organisationen.

Das Ergebnis der abenteuerlichen Politik äussert sich in folgenden Fakten: Albanien importiert heute (2000) die Hälfte seines Getreides, ein Drittel des Fleisches und praktisch alle Ölsaaten. Die Bauern sind überdies gezwungen, zum schieren Überleben verschiedenste «Alternativstrategien» zu verfolgen. Auch die Unterwanderung der Wirtschaft durch die Mafia hängt weitgehend mit den ideologischen Irrwegen zusammen.

LANDWIRTSCHAFT: ENTWICKLUNGSMOTOR DURCH EXPORTE?

Die Theorie der Wettbewerbsvorteile hat sich zum Credo des Handels entwickelt, nachdem sich der komparative Vorteil nur als Trugbild einer starken Marktposition herausgestellt hat. Nichts ist unveränderlich: Bald werden die Vereinigten Staaten oder Neuseeland Vikunjawolle produzieren und sich damit auf den Märkten behaupten. Darin besteht die Überlegenheit der Wettbewerbsvorteile. Mit grösserem kommerziellem Geschick, besseren Netzen und Kapitalkraft ist es möglich, mit Nahrungsmitteln oder Tieren des Herkunftslands zu rivalisieren. Insofern gibt es keine Herkunftszentren im Sinne von Vavilov¹² mehr, sondern nur noch Verbreitungszentren (Harlan 1987¹³), in denen die Kapitalstärksten das Sagen haben.

Was bedeutet dies für die Länder des Südens? Es erübrigt sich, zu wiederholen, dass ihre Ressourcen gestohlen werden. Damit lässt sich das Rad der Geschichte

12. Nicolai I. Vavilov (1885-1943), russischer Botaniker, von 1930 bis 1943 Direktor des Nationalen Instituts für Industriepflanzen von Leningrad (St. Petersburg). Von ihm stammt die Theorie der Herkunftszentren der Kulturpflanzen. Vavilov identifizierte acht Herkunftszentren, sechs darunter in den Ländern des Südens (Auroi, 1992: 59-60).

13. Jack Harlan ergänzt Vavilovs Herkunftszentren-Theorie mit der Erklärung, die Verbreitungszentren könnten auch grösser sein als die Herkunftszentren, denn diese beschränken sich nicht immer ausschliesslich auf die Pflanzen- oder Tierhaltungszentren.

nicht zurückdrehen... Aus der Entwicklungsperspektive ist es sinnvoller, zu prüfen, wie diese Länder erneut wettbewerbsstark werden können.

Wie konkrete Beispiele zeigen (von den Vereinigten Staaten und anderen Ländern importierte Kameltiere aus den Anden, in den Vereinigten Staaten patentierter Basmati-Reis, von Chile vereinnahmter peruanischer Pisco, Streitfall zwischen Kuba und Baccardi in Bezug auf die Marke, französische Ausschließlichkeitsansprüche auf die Bezeichnung «Champagne», Emmentaler-Käse, der von Brüssel nicht als spezifisch schweizerisch anerkannt wird), haben die Inhaber der Originale häufig, nicht immer, zu langsam und zu vertrauensselig reagiert. Bezeichnungen hätten hinterlegt, Patente in mehreren Ländern beantragt, die Produktförderung vom Staat unterstützt werden sollen usw. Für zahlreiche weitere typisch lokale Produkte ist es noch nicht zu spät, aber um exklusive Rechte durchzusetzen, müssen der Privatsektor und der Staat unbedingt zusammenarbeiten.

Chile, dem diese Osmose seit Anfang der 80er Jahre gelungen ist, geht mit dem guten Beispiel voran. In Chile existieren zwei massgebende Organisationen: die Fundación Chile und Pro Chile. Die Räumlichkeiten der Organisationen befinden sich im Gebäude des Handelsministeriums. Die Türen zwischen öffentlichem und privatem Sektor stehen weit offen. Die Hersteller diskutieren in der Fundación Chile über Produktionsnormen für Exporte: Produktarten, gesundheitspolizeiliche Regelungen auf den Hauptmärkten, Kalibrierung usw. Pro Chile übernimmt die Produktpromotion auf den Auslandsmärkten und leitet Informationen zu den wichtigsten Tendenzen zurück nach Chile. Die Vertretungen von Pro Chile sind häufig in den Räumlichkeiten der Botschaften untergebracht. Der Durchbruch der chilenischen Agrarexporte erklärt sich hauptsächlich aus den Kriterien der Organisation und der Integration, weniger aus der Deregulierung der Volkswirtschaft (Auroi, 1993, 1997).

In den Ländern des Südens müssen demnach erhebliche Anstrengungen geleistet werden, um die Infrastrukturen für seriöse Promotion und Marketing zu entwickeln und das erforderliche Personal zu schulen.

Dabei geht es jedoch nur um eine Seite der Medaille: um den Kampf auf einem Terrain, das der Weltmarkt und die WTO abgesteckt haben. Vielleicht sind auch grundsätzlich andere Wege denkbar. Wer in Richtung der Nischenmärkte im Agrarbereich sucht, würde bestimmt fündig. Aber kann Guatemala sich mit guatemaltekeischem Honig entwickeln? Das ist der springende Punkt – wobei auch zu bedenken ist, dass sich die Handelsrelationen aller landwirtschaftlichen und natürlichen Güter im Laufe der Zeit verschlechtern und dass die Durchbrüche in der Industrie und in der Informationswirtschaft die Kluft jährlich vertiefen. Daraus ist wohl zu folgern, dass der Landwirtschaft als Exportsektor zwangsläufig Grenzen gesetzt sind.

Das bedeutet jedoch nicht das Ende, sondern eine Neuausrichtung der Landwirtschaft. Die Umorientierung muss vor allem hin zum Binnenmarkt erfolgen. Das Wachstum der Städte schafft eine Nachfrage, die durch die Transition in der Ernährung in urbanen Kreisen verstärkt bzw. verändert wird und der Nahrungsmittelindustrie neue Chancen erschliesst.

NEUE VISION FÜR DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG: DER BLICK NACH INNEN

Die Situation in der Nahrungsmittelproduktion und im -angebot ist generell nicht als katastrophal zu bezeichnen. Es gibt guten Grund zu glauben, dass es gelingen wird, eine wachsende Bevölkerung zu ernähren. Sorge bereitet aber nicht nur die Ernährungsfunktion der ländlichen Welt, sondern vor allem die Aufgaben der Beschäftigung und der Landschaftsgestaltung (Lebensraum, Dienstleistungen, Infrastrukturen) sowie der Diversifizierung der Tätigkeiten.

Deswegen müssen Alternativstrategien entwickelt werden, die nicht darauf setzen, Agrargüter mit stetig sinkenden Weltmarktpreisen um jeden Preis zu exportieren. Vielmehr sollten die Alternativstrategien auf dem Grundsatz «unsere eigenen lokalen Ressourcen nutzen» beruhen (auf Englisch: Using Our Own Local Resources [UOOLR]). Dieses UOOLR-Konzept bedeutet zusammengefasst Folgendes: Wenn die Investition für die lokale Entwicklung nicht zu uns kommt, gehen wir zur Investition (Investition von Geld, Arbeit, Kompetenzen, Austausch, Solidarität, Technik und Materialien).

Konkret ausgedrückt soll man also nicht länger warten, dass der Staat sich einschaltet – was er nicht mehr tut – sondern selbst lokal die Initiative ergreifen. Die meisten lokalen Bauarbeiten (Schulen, Gesundheitsszentren, Krippen, Märkte, Warenlager, Anlage von Plätzen, Brücken) können die ländlichen Gemeinschaften selbst durchführen. Das Problem besteht darin, die tradierte Passivität zu überwinden und einen Mindestkonsens für neue Vorhaben zu schmieden. Inzwischen hat jedoch die neue Einstellung in vielen Ländern Fuss gefasst. So kommt es, dass ein junger Mann wie Toni Rüttimann¹⁴ in Südamerika und in Kambodscha Hängebrücken für über 150 Gemeinschaften baute – mit geringsten Kosten, denn die Unternehmen steuern Rohre und Kabel bei, die Dorfbewohner die Arbeit. Wenn eine Gemeinschaft eine Brücke beantragt und bereit ist, aktiv mitzuarbeiten, reist Rüttimann an Ort: in zwei Wochen ist die Brücke gebaut. Im Grunde fragt sich, weshalb solche Beispiele nicht in anderen Bereichen Schule machen und worauf die Verantwortlichen des Südens und die NGO warten, um sie weiter zu verbreiten. Mit solchem Aktivismus würden in zwanzig Jahren alle Länder des Südens über vernünftige minimale Infrastrukturen in den ländlichen Gebieten verfügen.

Auch die lokalen und regionalen Spar- und Investitionssysteme sollten entwickelt werden und ausreichend Kapital für lokale Bauwerke bilden. Dazu sollte man sich jedoch von der Vision der «Grameen Bank¹⁵» verabschieden: Sie ist nicht breit genug angelegt, um ein Entwicklungsmotor zu werden. Deshalb ist es wichtig, auf das lokale Kapital der wohlhabenden Bewohner, z.B. der Kaufleute, zu setzen und Anreize für Investition in ihren Gemeinschaften zu schaffen.

14. Am Tag der Matura reist der 19jährige junge Mann aus Pontresina nach Ecuador, wo Überschwemmungen stattgefunden haben, um beim Wiederaufbau zu helfen. Während 14 Jahren baut er dort einfache, aber solide Fussgängerbrücken, die mindestens dreissig Jahre halten sollen und für die lokalen Gemeinschaften von unmittelbarem Nutzen sind. Nach Kambodscha holt ihn der Premierminister, der den wertvollen Beitrag für das Land erkennt. Vgl. <www.iabse.ethz.ch/sei/backissues/abstracts_sei0001/BridgesMakingADifference.pdf>.

15. Die Grameen Bank und weitere ähnliche Experimente sind durchaus verdienstvoll. Allerdings werden sich die Dörfer nicht deshalb entwickeln, weil arme indische Frauen ein paar Rupien erhalten. Hier handelt es sich eher um eine Almosen-Perspektive.

Heute muss auf lokaler Ebene über die minimalen Entwicklungspläne nachgedacht werden, welche zusammen mit den Beteiligten in einem Zeitraum von zehn Jahren verwirklicht werden sollen. UOOLR sollte sich in jedem Land – mit nationalen Varianten – zu einer Bewegung entwickeln. Im Wesentlichen geht es darum, den Infrastrukturbedarf ganzer Gebiete unter Beteiligung der einzelnen Dörfer systematisch abzudecken.

Der Staat muss dabei eine Schlüsselrolle behalten. Als Partner, die ein beträchtliches Kapital aufbringen können, und als Garanten der nationalen Entwicklung müssen sich die Staaten über die geeigneten Gremien auf die wesentlichen Vorhaben konzentrieren, d.h. solche, die sich auf lokaler Ebene schlechter verwirklichen lassen (Mittelschulen, grosse Brücken, wichtige Strassen usw.). Doch auch hier gilt das UOOLR-Konzept. Die Finanzierung sollte auf der Basis der Haushaltsressourcen und angemessener Kredite geprüft werden. Die internationale Verschuldung und überflüssige komplizierte Beziehungen mit den grossen Ingenieurbüros sind durchweg zu vermeiden.

Vermieden werden müssen auch juristische Spitzfindigkeiten, die zwingend, ja lähmend wirken. Im Zusammenhang mit dem Problem der geistigen Eigentumsrechte und der Patentierbarkeit von Lebewesen zeigen z.B. die jüngsten Erfolge Indiens und Brasiliens betreffend die Herstellung von Anti-Aids-Medikamenten (Retrovirus), dass man diesen Fallen ausweichen und klar Nein sagen muss. Bestimmte Prinzipien wiegen stärker als Geld – Gesundheit, aber auch Ernährung: Folglich müsste das Saatgut für alle erschwinglich und zugänglich sein. Die Länder des Südens haben nichts daraus zu gewinnen, die zwingenden TRIPS-Regeln zu übernehmen; sie müssen mindestens auch alle zulässigen Ausnahmen und Abweichungen wahrnehmen.

Schliesslich ist das Modell des Agrarwachstums zu überprüfen. Es ist wichtig, einen Weg aus der Sackgasse der chemischen Inputfaktoren oder der starken Abhängigkeit von Kohlenwasserstoff zu finden und «sanftere», dem Umfeld besser angepasste Systeme zu untersuchen. Die reichen Erfahrungen mit der biologischen Landwirtschaft sollten nun von den Staaten nachgeahmt werden. Das hat zum Beispiel Laos vor, wo diese Experimente ausgeweitet und vertieft werden sollen.

Der UOOLR-Grundsatz bedeutet nicht, letztlich auf die Autarkie hinarbeiten. Der Handel kann und soll nicht gebremst, er muss aber reguliert werden. Die Landwirtschaften müssen auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips wieder aufgebaut werden: Eine Gemeinschaft muss ihre Probleme zunächst selbst verstehen und zu lösen versuchen, bevor sie Hilfe sucht. Es geht selbstverständlich nicht darum, alles aus eigener Kraft zu schaffen, sondern brachliegende oder unterschätzte kreative Ressourcen freizulegen. Es existiert ein grosses schlummerndes Potenzial an «Traditionen für morgen», die wachgerüttelt werden sollten. In Ländern des Südens arbeiten heute Agraringenieure und andere Akademiker als Taxifahrer, weil ihr Fachwissen nicht gefragt ist.

Ein weiterer Vorteil des UOOLR-Grundsatzes liegt in der engen Verbindung mit den Anliegen der nachhaltigen Entwicklung. Auf die eigenen Ressourcen zählen bedeutet, Energiekosten und den Verbrauch nicht-erneuerbarer Stoffe gering zu halten, so dass die erneuerbaren materiellen und menschlichen Ressourcen sich regenerieren können. Im Bereich der sozialen Psychologie wird so das kollektive und individuelle Vertrauen gesteigert bzw. in einigen Fällen von Null an

aufgebaut. Gefestigtes Vertrauen schafft soziale und politische Kraft und ermöglicht Diskussionen, in denen die vorgesetzten Entscheidungsinstanzen und die vernetzt arbeitenden Partner einander auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen.

EXTERNER BEITRAG

Es sei nochmals betont, dass externe Beiträge auf allen Ebenen eine Ergänzung, keinen Ersatz, bilden. Sie sollen keine Bequemlichkeitslösung darstellen, die lokale Initiativen verdrängt, sondern als unumgängliche Zusatzhilfe an die Durchführung eines Plans oder Projekt dienen. Gemäss diesem Grundsatz dürfte die internationale Zusammenarbeit keine Projekte mehr für die lokale Bevölkerung ausarbeiten, sondern sich bereit halten, um *auf die Nachfrage zu reagieren*¹⁶. Die Nachfrage kann von Regierungsorganen, von öffentlichen Gebietskörperschaften oder auch von privaten Gruppen im sozialen oder ökonomischen Bereich ausgehen. Entscheidend bleibt in diesem Vorgehen, dass die Nachfrage bereits zu 80% formuliert wird und dass sie möglichst weitgehend auf lokalen Kapazitäten beruht. Die lokale und nationale Bevölkerung soll diese Forderungen stellen, nicht die als technische Berater fungierenden ausländischen Beamten, die erst in einem zweiten Schritt auf den Plan treten sollten.

Selbst in diesem leicht idealisierten Szenario werden die Spielregeln nach wie vor von aussen, durch den entscheidenden Beitrag, bestimmt. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit die Partner den UOOLR-Grundsatz befolgen und das Subsidiaritätsprinzip beachten. Lokale Gemeinschaften kennen ihre Bedürfnisse in der Regel sehr gut, aber ihre Beurteilung stimmt selten mit jener der technischen Zusammenarbeit überein. Derzeit haben sich die internationalen Organisationen, gefolgt von der nationalen Zusammenarbeit, in der Agrarentwicklung vier Ziele gesteckt:

- Marktzugang,
- Nahrungsmittelsicherheit,
- Armutsbekämpfung,
- Umweltschutz.

Die Nahrungsmittelsicherheit sollte zuoberst, der (internationale) Marktzugang zuunterst auf der Prioritätenliste stehen. Die Armutsbekämpfung darf nicht nach dem gewohnten, als Sicherheitsnetz und Dringlichkeitshilfe mit Akzent auf den Zielgruppen definierten Ansatz betrachtet werden. Nur ein allgemeines Wachstum in der Landwirtschaft führt zur Verringerung der Armut, wie die statistische Analyse der letzten dreissig Jahren gezeigt hat. Schliesslich darf der Umweltschutz nicht als Behinderung der Agrarentwicklung, sondern als Teil der Symbiose Mensch – Natur gesehen werden.

Allerdings wird auch diese Politik nicht ausreichen, wenn die ländliche und landwirtschaftliche Entwicklung nicht von Grund auf umgekrempelt wird. Aktionsbereiche, methodologische und operative Grundsätze bringen nichts, wenn

16. Baxter veranschaulicht in seinem Artikel über die Herdenwirtschaft am Horn von Afrika die hartnäckigen Bemühungen der Technokraten, das Halbnomadentum durch das Ranching zu ersetzen und an Stelle der Bauern alle Ziele selbst zu stecken (Baxter, 1994).

sie der falschen Sache dienen. In der Landwirtschaft und in der Ernährung muss der UOOLR-Grundsatz angewandt werden:

- Möglichst lokale Produktion und Nahrungsmittelversorgung, auf nationaler Ebene und regional.
- Netze für die Zukunft errichten (Versorgungswege, Kommunikation), um die Städte mit der nationalen Produktion ernähren zu können.
- Die Zölle auf Nahrungsmittelimporte auf einem Stand festlegen, welcher eine Entwicklung der nationalen bzw. regionalen Produktion gemäss dem Grundsatz der Nahrungsmittelsicherheit erlaubt.
- Bei der Verwendung der biotischen und mineralischen Ressourcen die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung beachten.
- Lokale Inputfaktoren und Energie benutzen und die Technologien entsprechend umrüsten.
- Verarbeitung der Rohstoffe vor Ort fördern; die kleinen lokalen Nahrungsmittelindustrien müssen Priorität und eine angemessene Promotion erhalten.
- Lokale Sparbanken für lokale Investitionen schaffen bzw. ausbauen.
- Exportieren, falls komplementäre oder Nischenmärkte vorhanden sind, nach den Grundsätzen des fairen Handels der biologischen Landwirtschaft.

In den «klassischen» Sektoren ist die internationale öffentliche Agrarhilfe seit 1990 kontinuierlich gesunken, in den Bereichen Umweltschutz, Nahrungsmittelindustrie und Infrastrukturen ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen¹⁷. Der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) ist zwischen 1990 und 1998 von 17 % auf 20 % angewachsen. Allerdings sollte die ODA grundlegend überarbeitet werden, bevor sie fortgesetzt oder gar aufgestockt wird – unter Berücksichtigung der Grundsätze einer intensiveren Nutzung der lokalen Ressourcen für umliegende Märkte, unter Achtung der nachhaltigen Entwicklung und im Sinne eines echten «Empowerment» der Bevölkerung.

17. Klassische Sektoren: Böden und Wasser, Forschung, Ausbildung und Beratung, Inputfaktoren, landwirtschaftliche Dienstleistungen, Pflanzenbau, Viehzucht, Fischerei, Forstwirtschaft, Sonstiges. Rückgang der Hilfe von 11 auf 8 Milliarden US-Dollar. Weitere Sektoren: Produktion von Inputfaktoren, Umweltschutz, Nahrungsmittelindustrie, ländliche und regionale Entwicklung, Hydrauliksysteme: Zunahme von 3,8 auf 5,6 Milliarden (De Haen et al., 2001: 472, Tabelle 10).

BIBLIOGRAPHIE

- Aly Bâ Mamadou, 2001, «Les difficultés de l'insertion: la production du haricot vert au Burkina Faso», in Auroi C. und Schümperli Younossian C. (Hg.), *Le commerce durable. Vers de plus justes pratiques commerciales entre le Nord et le Sud*, Genève: IUED, S. 41-56.
- Auroi C., 1992, *La diversité biologique. La vie en péril*, Les Dossiers de l'environnement, Genève: Georg.
- Auroi C., 1993, «Le cas du Chili: essai de croissance vers l'extérieur», in Etienne G. und Revel-Mouroz J. (Hg.), *Economies d'Asie et d'Amérique latine: changements de cap*, Genève: Olizane.
- Auroi C., 1997, «Effets de l'ouverture du commerce mondial sur la restructuration agraire: exemples de la Bolivie et du Chili», in Haubert M. (Hg.), *Les paysans, l'Etat et le marché. Sociétés paysannes et développement*, Paris: Publications de la Sorbonne, S. 97-110.
- Auroi C. (Hg.), 1994, *A Development Strategy for the Mountain Areas of Albania. Final Report*, vol. 1 and 2, IUED, May, 19 S. + 158 S.
- Auroi C., Egger U., Zehnder R. und Moos F., 1994, *Implementation of a Development Strategy for the Mountain Areas of Albania. Report on the Mission of September 1994*, IUED, 29 S.
- Auroi C. und Maurer J.-L., 1998, «Tradition et modernisation des économies rurales: Asie – Afrique – Amérique latine», *Mélanges en l'honneur de Gilbert Etienne*, Genève/Paris: IUED/PUF, 1998.
- Barkin D., 2000, *Estrategias de los campesinos mexicanos: alternativas frente a la globalización*, <<http://136.142.158.105/LASA98/BARKIN.PDF>>.
- Barkin D. und Suárez B., 1982, *El fin de la autosuficiencia alimentaria*, México: Nueva Imagen.
- Baxter P.T.W., 1994, «From Telling People to Listening to Them: Changes in Approaches to the Development and Welfare of Pastoral Peoples», in Salih M., *Inducing Food Insecurity: Perspectives on Food Policies in Eastern and Southern Africa*, Uppsala: The Nordic Africa Institute.
- Bessis S., 1985, *L'arme alimentaire*, Paris: La Découverte, 1985.
- BIT, 1999, *Réformes économiques, emploi et rôle des partenaires sociaux en Afrique de l'Ouest francophone. Pour un renforcement du dialogue social*, Séminaire de Dakar, 27-29 avril 1998, Dakar: BIT.
- Cardoso F.H. und Faletto E., 1978, *Dépendance et développement en Amérique latine*, Politiques, Paris: PUF.
- Correa C.M., 2000, *Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries: The TRIPs Agreement and Policy Options*, London: Zed Books.
- De Haen H., Stamoulis K. und Broca S., «Reducing Hunger and Poverty through Agricultural Growth: Dealing with Key Challenges», *Nord-Süd Aktuell* (Hamburg), Nr. 3, S. 461-473.
- Feder E., 1978, *Capital financiero y descomposicion del campesinado*, Bogota: Punta de Lanza.
- Gunder Frank A., 1970, *Le développement du sous-développement, l'Amérique latine*, Paris: Maspero, 1970.
- Harlan J., 1987, *Les plantes cultivées et l'homme*, Paris: ACCT; Conseil international de la langue française.
- Haubert M. (Hg.), 1997, *Les paysans, l'Etat et le marché. Sociétés paysannes et développement*, Paris: Publications de la Sorbonne.
- James C., 2001, «Global Review of Commercialized Transgenic Crops: 2001», *ISAAA Briefs*, Nr. 24.
- Mayer E., 2002, *The Articulated Peasant: Household Economies in the Andes*, Boulder (Colorado): Westview Press, 2002.
- Ndonna M., *Du cacaoyer aux cultures vivrières. Contribution des cultures vivrières dans l'amélioration des revenus de la paysannerie de la zone cacaoyère camerounaise. Cas du manioc et du bananier plantain dans le département de Mefou et Afamba: limites et perspectives*, mémoire de diplôme de recherche, Genève: IUED, 2001.